

Wort zum 9. November 1988

Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Evangelische Kirche in Deutschland zum 50. Jahrestag des Pogroms im November 1938

Am 9. November 1988 jährt sich zum 50. Male der Tag, an dem im damaligen Deutschen Reich auf Befehl der nationalsozialistischen Machthaber die Synagogen brannten: Jüdische Gotteshäuser wurden geschändet, jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert, jüdische Mitbürger wurden mißhandelt, verschleppt erschlagen.

Was im November 1938 danach geschah, das geschah öffentlich, geschah vor aller Augen. Die Verfolgung richtete sich gegen alle Juden. Der Rassenwahn offenbarte seine menschenverachtende Grausamkeit. Niemand konnte sagen, er habe nichts gewußt. Diejenigen die dieses Verbrechen vorbereitet und ausgeführt haben, konnten dabei mit Zustimmung, mit gleichgültigem Wegsehen oder mit verängstigtem Stillschweigen bei der Mehrheit unseres Volkes rechnen. Auch die Christen - von wenigen Ausnahmen abgesehen - haben damals geschwiegen.

Wie konnte es zu diesem Unrecht in einem Lande kommen, in dem die Bevölkerung für sich selbst vor allem Recht und Ordnung forderte? Der nationalsozialistischen Führung standen zwei Ziele vor Augen, als sie den Novemberpogrom organisierte;

Die deutschen Juden sollten in einem öffentlichen Akt gedemütigt werden. Man wollte sie isolieren, einschüchtern und wo immer möglich zur Auswanderung zwingen - unter Zurücklassung ihres Besitzes. Das Schlagwort "Reichskristallnacht" verharmlost, was der Tag der Zerstörung der Synagogen wirklich bedeutet hat. Er war ein weiterer Schritt auf dem Unheilsweg, der schließlich zum millionenfachen Morden in Auschwitz und an anderen Orten der Vernichtung geführt hat.

Darüber hinaus diente das brutale Handeln an den Juden zur Einschüchterung der gesamten deutschen Bevölkerung. Das Ausbleiben eines ernsthaften Protestes zeigte, wie mächtig die Diktatur zu diesem Zeitpunkt bereits war. Von nun an wußten die Machthaber, was sie sich an Unrecht und Gewalt erlauben konnten, ohne mit Widerstand aus der breiten Bevölkerung rechnen zu müssen. So bereitete der 9. November 1938 der vom Rassenwahn getriebenen sogenannten "Endlösung der Judenfrage" den Weg; er beschleunigte zugleich den Absturz in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges. Die brennenden Synagogen waren ein Fanal. Bald brannten auch deutsche Städte mit ihren Kirchen.

Wenn wir heute an diese Vorgänge vom November 1938 erinnern, tun wir es nicht, um anklagend vor die Generation der damals Beteiligten zu treten. Wir tun es vielmehr in dem Bewußtsein, daß die Schuld jener Zeit ihre bindende Macht behält, wenn wir sie verschweigen oder verdrängen. Auch wenn einzelne der damals Beteiligten für ihre Taten gebüßt haben, auch wenn andere inzwischen gestorben sind und eine neue Generation herangewachsen ist, haften wir alle für die Folgen der schuldhaften Vergangenheit. Indem wir dieser bitteren Erkenntnis standhalten, werden wir uns bewußt, daß Theologie und Kirche an der langen Geschichte der Entfremdung und Feindschaft gegenüber den Juden beteiligt waren. Die Kirche sah nicht die tiefe innere Verbindung von Judentum und Christentum. Sie betrachtete die Synagoge, als sei sie von Gott verstoßen, statt in ihr das

von Gott zuerst geliebte und erwählte Volk zu erblicken. Die Juden erlebten das Kreuz weithin nur als Verfolgungszeichen.

Theologische und historische Forschung hat uns in den vergangenen Jahren den Blick für Verbindendes und Gemeinsames im Glauben von Christen und Juden neu geöffnet. Es ist uns bewußt geworden, was es bedeutet, daß der Vater Jesu Christi der in der Bibel bezeugte Eine Gott ist, der sein Volk aus der Sklaverei befreite, der ihm die Treue hält und seinen Bund mit Israel niemals aufkündigt hat.

Darum darf unser Denken, Reden und Handeln nie wieder dazu beitragen, Feindschaft gegen die Juden zu fördern. Wir müssen uns bemühen, aus unserer Alltagssprache alle Redewendungen zu verbannen, die Juden verletzen. Das gilt für die Sprache der kirchlichen Verkündigung. Vor allem aber haben wir die Pflicht, wahrheitsgetreue Kenntnisse über das Judentum, die jüdische Religion, Geschichte und Kultur sowie den jüdischen Staat - besonders in der jungen Generation - zu verbreiten und zu vertiefen. Der christlich-jüdische Dialog über zentrale Fragen unseres Glaubens verdient auf allen Ebenen Förderung und Unterstützung. Dankbar sind wir für die zahlreichen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, die sich seit Jahren mit der Thematik "Kirche und Judentum" beschäftigen. Wir ermutigen alle, in ihrem Bemühen um Verständigung zwischen Christen und Juden nicht nachzulassen. Wir bitten die Gemeinden, diese wichtige Arbeit tatkräftig zu unterstützen und nach Wegen der Begegnung zwischen Christen und Juden zu suchen.

Anerkennung verdienen auch die Bemühungen um Erhaltung und würdige Pflege der überkommenen Zeugnisse aus der reichen jüdisch-deutschen Geschichte.

Wir wollen den Juden, die trotz der unheilvollen Vergangenheit mit uns zusammenleben, die Gewißheit geben, hier Heimat zu besitzen. Ebenso treten wir dafür ein, daß der Staat Israel mit seinen Nachbarn in gerechten Grenzen einen sicheren Frieden findet.

Fünfzig Jahre nach dem Tag der Zerstörung der Synagogen bitten wir Gott, daß Juden und Christen unter seiner Güte ihren Weg in die Zukunft gemeinsam gehen können. Er erfülle an uns allen - Juden und Christen - seine Verheißung.

Berlin, den 26. Mai 1988

Bund der Evangelischen Kirchen
in der DDR

Evangelische Kirche in
Deutschland

Dr. Werner Leich
Landesbischof
Vorsitzender der Konferenz
der Ev. Kirchenleitungen

Dr. Martin Kruse
Bischof
Vorsitzender des Rates